Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 4

Buchbesprechung: Literatur
Autor: Brügel, J.W.

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Literatur

Die Vierteljahresschrift «Political Quarterly», die bei aller redaktionellen Unabhängigkeit ein akademisches Forum für sozialistische Gedankengänge darstellt, hat wieder ein Sonderheft (I/1959) herausgebracht, das dem Problem der «britischen Haltung zur Politik» gewidmet ist und eine Fülle höchst interessanter Beiträge enthält. Der Labour-Abgeordnete *James MacColl* erklärt die «Mäßigung» in den Wahlprogrammen der beiden Parteien damit, daß extremistische Vorschläge zwar großen Enthusiasmus erregen, aber nur bei denen, auf deren Stimme eine der beiden Parteien ohnehin zählen kann; es komme jedoch auf die Grenzschichten an, die durch Radikalismus jeder Art nur abgeschreckt werden könnten. Wie ist es aber zu erklären, daß immer noch ein gutes Drittel der Arbeiterklasse für Kandidaten der Konservativen Partei stimmt, «in der sie keine wirksame Stimme haben kann, da konservative Abgeordnete aus dem Arbeiterstand ganz seltene Ausnahmen sind»? Die Antwort mag sein, sagt der Autor, «daß sie keine wirksame Stimme haben wollen. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß jeder durch einen Abgeordneten seiner Kategorie vertreten sein will.» Die Erfahrungen würden aber beweisen, daß gewerkschaftlich organisierte Menschen, erzogen im Geiste der Solidarität, eher für Labour stimmen als nicht organisierte Arbeiter: «Jene, die sich ihrer gemeinsamen Interessen mit anderen am stärksten bewußt sind, dürften auch der parlamentarischen Vertretung dieser Interessen das größte Gewicht beilegen. Daraus ist die Bewegung zugunsten einer unabhängigen Arbeitervertretung erwachsen.»

Die Skepsis des Durchschnittsbriten der Politik gegenüber wird von Professor *Harding* (Universität London) in seinem Beitrag gut charakterisiert:

«Die Briten werden vielleicht plötzlich finden, daß sie etwas tun, was sich später als eine politische Revolution darstellt, aber sie würden keinen Übereifer entwickeln, sich in eine politisch definierte Revolution zu stürzen, um jene sozialen Reformen zu erobern, um die es ihnen im Augenblick am meisten geht... Sie sind daran gewöhnt, daß mit der Änderung der Verhältnisse und dem Aufkommen neuer sozialer Aspekte jede Partei Maßnahmen durchzuführen hat, die sie vielleicht vor zehn Jahren verdammt hätte.»

Lord *Attlee* erzählt einiges aus seinen Erfahrungen über die Einstellung von Parlamentariern zur Politik.

Ein Aufsatz von *H. M. Waddams*, einem Funktionär der Church of England, beleuchtet die Haltung der Kirchen zur Politik, die in der Vergangenheit so oft den politischen und sozialen Fortschritt beflügelt hat. Alle Christen in Großbritannien, lautet die Schlußfolgerung des Verfassers, «mißbilligen den Gedanken, christliche politische Parteien zu bilden, wie sie auf dem europäischen Festland bekannt sind, und beglückwünschen sich dazu, daß sie dem entgangen sind. Sie haben mehr die Durchdringung aller politischen Parteien mit christlichem Geist als ihr Ziel erkannt, denn einen Versuch, ein bestimmtes politisches Programm einem anderen als ‚mehr christlich' vorzuziehen. Sie sind froh darüber, daß alle drei Parteien unter ihren Parlamentariern eine große Zahl kirchengläubiger Christen haben.»

Die Besprechung der Haltung der *Gewerkschaften* zur Politik wurde bezeichnenderweise nicht einem Gewerkschafter, sondern einem Redaktor der konservativen «Financial Times» anvertraut, der sich der Aufgabe mit bemerkenswerter Objektivität unterzogen hat. Im Mittelpunkt seiner Betrachtungen stehen natürlich die Beziehungen des Gewerkschaftsbundes und der einzelnen Verbände zur Arbeiterpartei. Obwohl er zu dem Schluß kommt, daß der Gewerkschaftsbund in der Labour Party nicht so sehr einen Motor sozialer Änderungen als einen Schutz gegen eine eventuelle Reaktion sieht, glaubt er doch, daß eine Auflösung oder radikale Umgestaltung der bestehenden Bindungen sehr unwahrscheinlich ist. Daß die höchstens 20 000 kommunistischen Parteimitglieder unter

mehr als acht Millionen Gewerkschaftern einen überdurchschnittlichen Satz an Funktionären stellen, erklärt er zu Recht, mit ihrer Bereitschaft, sich für alle noch so zeitraubenden Funktionen zur Verfügung zu stellen, und außerdem mit der Tatsache, daß sie als einzige einen Block bilden und eine gemeinsame Strategie haben.

William Pickles, Dozent für politische Wissenschaft und zugleich Berater der Arbeiterpartei in Fragen der Rundfunk- und Fernsehpropaganda, steuert einige wertvolle Betrachtungen über die Einstellung zu politischen Problemen im Fernsehzeitalter bei. Man mag über die Verflachung des Interesses für politische Probleme jammern, die davon herrührt, daß man sie einem täglichen Fernsehpublikum von zehn bis zwanzig Millionen mundgerecht machen muß. Man kommt aber doch nicht daran vorbei, daß die führenden Politiker heute im Lande viel besser bekannt sind als früher, und daß zum Beispiel der gegenwärtige Premierminister *Macmillan,* der der breiten Masse noch vor etwa zwei Jahren eine ganz fremde Erscheinung war, sich mittels des Fernsehens eine gewisse Popularität aufgebaut hat – das gleiche gilt für den Führer der Opposition, *Hugh Gaitskell.* Pickles kommt zu interessanten Schlußfolgerungen:

«Die Zuhörer- und Zuseherschaft bei den politischen Programmen ist in den letzten Jahren herangewachsen und besteht aus Menschen eines Typs, der vor zwanzig oder dreißig Jahren höchstens die Zeitung einer Partei gelesen und kaum je den Standpunkt der Gegenseite gehört hat. Es ist ein Publikum, das einen weit höheren Grad an politischer Erziehung erhält und ein viel kleineres Maß an politischer Propaganda vorgesetzt bekommt als die vorhergehende Generation. Ist das vielleicht die teilweise Erklärung des Rückganges der politischen Temperatur? Hat das vielleicht die Parteien einander näher gebracht, als es sonst der Fall gewesen wäre, und zwar durch Schaffung einer zahlenmäßig größeren Schicht von nicht festgelegten Menschen, um deren Stimme man aber doch kämpfen muß?» (Hier muß allerdings eingefügt werden, daß Rundfunk und Fernsehen in England von einer vorbildlichen Objektivität sind und Regierung und Opposition absolut mit dem gleichen Maß messen.)

Professor *Robson* und *W. T. Rodgers,* Generalsekretär der Gesellschaft der Fabier, schließen das Heft mit aufschlußreichen Betrachtungen über britisches Schul- und Erziehungswesen, Demokratie und politische Bildung ab. Die Demokratisierung der Erziehung durch Labours Reformen – drei Viertel der Hochschüler in Oxford und Cambridge erhalten heute in irgendeiner Form Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln – hat das erstaunliche Ergebnis gehabt, daß die Hochschülerschaft heute viel unpolitischer ist als früher:

«Die heutige Studentengeneration weiß überhaupt nichts mehr von der Vorkriegswelt (der Massenarbeitslosigkeit) oder den in die Reformen der Nachkriegszeit gesetzten hohen Erwartungen. Der Neuling an der Universität war zwei Jahre alt, als der Beveridge-Plan veröffentlicht wurde, und fünf, als Labour an die Macht kam. Er ist im Wohlstand aufgewachsen, gestützt von den Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates, der für die eine Partei das letzte Wort in politischen Errungenschaften scheint und bei dem die andere nur die angeblichen Auswüchse kritisiert.»

Immerhin bekennt sich in Oxford (allerdings nur dort) mehr als die Hälfte der Studentenschaft zu einem der drei politischen Klubs; der konservative hat eine Mitgliedschaft von 2000, der sozialistische 1200 und der liberale 800. *Dr. J. W. Brügel*